Wer sich ein einigermaßen realistisches Bild über einen öffentlich weniger wahrgenommenen aber durchaus prägenden Teil der 68er-Bewegung verschaffen möchte, der sollte das Buch von Jeanette Seiffert studieren. Anders als die meisten anderen Autoren, die sich mit dieser Epoche der Nachkriegsgeschichte auseinandersetzen, betreibt diese von Professor Eckart Conze betreute und am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg eingereichte Dissertation keine persönliche Vergangenheitsbewältigung und keine aus der heutigen ideologischen Sicht geprägte Abrechnung, sondern zeichnet an Hand von Quellen und Leitfadengesprächen mit unmittelbar Beteiligten die Entwicklung und den Niedergang der 68er aus der Perspektive des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und der Jungsozialisten (Jusos) nach. Für mich auch ein biografisches Geschichtsbuch. Wolfgang Lieb

Gegenstand der Untersuchung ist die Entwicklung des nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit den Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) im Jahre 1960 neu gegründeten, zunächst der SPD nahe stehenden Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und der später in Gang gekommenen Radikalisierung auch der Jungsozialisten (Jusos) und der Marsch einzelner Akteure durch die SPD bzw. durch die Landesparlamente, durch den deutschen Bundestag und – als lokaler Referenzfall – durch den Kölner Stadtrat.
Dabei werden die politischen Biografien von insgesamt 17 Aktivisten (etwa von Detlev Albers, Klaus-Uwe Benneter, Anke Brunn, Herta Däubler-Gmelin, Wolfgang Roth, Ottmar Schreiner, Karsten Voigt bis Christoph Zöpel) beschrieben, die über ihre Mitarbeit in der SPD, diese Partei und über die Partei die Gesellschaft insgesamt verändern wollten und bei denen überwiegend Politik zum Beruf geworden ist. Es ist also eine Geschichte des „Marsches durch die Institutionen“ Anfang der 60er Jahre bis zum „Abmarsch in die Bedeutungslosigkeit“ Ende der 80er Jahre.

Ich bin selbst als Student 1964 zunächst die SHB-Gruppe an der Freien Universität Berlin eingetreten und kurze Zeit später, um Kurt Mattick als Nachfolger von Willy Brandt als Berliner Landesvorsitzenden zu „kippen“, in die SPD. Ich habe also mit der „Kuby-Affäre“ beginnend, die Anfänge der studentischen Mobilisierung in Berlin miterlebt, bin 1965 zunächst als Bundesgeschäftsführer und danach unter dem Vorsitz von Christoph Zöpel stellvertretender Bundesvorsitzender des SHB geworden, 1969 war ich noch im „Notvorstand“ des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), der mangels Beschlussfähigkeit einer chaotischen Mitgliederversammlung vom Amtsgericht eingesetzt werden musste. Als unmittelbar Beteiligter war ich verblüfft über die weitgehend mit meinen Erinnerungen und Erfahrungen übereinstimmenden Beschreibung der frühen Außerparlamentarischen Opposition (APO) und der Studentenbewegung durch eine junge

Historikerin, die erst fünf Jahre nach 68 geboren wurde.

Jeanette Seifert räumt faktenreich gründlich mit dem Vorurteil auf, als handle es sich bei den 68ern um eine spontane Erhebung einer kleinen Minderheit. Sie schildert die kulturellen Konflikte der „Vor-Rebellen“ noch in „Anzug und Schlips“ angefangen von der Wiederaufrüstungsdebatte Ende der 50er Jahre, gegen den kleinbürgerlichen Mief Anfang der 60er, der unzureichenden Bewältigung der NS-Vergangenheit personalisiert durch Nazis in höchsten Staatsämtern und dem Wiederaufleben der Neonazis mit den Erfolgen der NPD. Die Autorin schildert den „basisdemokratischen“ Aufstand anlässlich der „Spiegel-Affäre“ 1962 und den Kampf gegen Franz-Joseph Strauß und dessen unkontrolliertem Machtmissbrauch. Es wird das äußerst heterogene Bündnis von der Ostermarschbewegung, über die Kampagne für Abrüstung (KfA) oder der Bewegung „Kampf dem Atomtod“, von politischen Gruppierungen wie etwa dem SDS, den Naturfreunden, der Gewerkschaftsjugend, von Pazifisten oder Kriegsgegner, der Humanistischen Union, den Republikanischen Clubs bis hin zu keineswegs „radikalen“ kirchlichen Gruppen dargestellt. Sie alle hatten sich vor allem nach der Bildung der Großen Koalition 1966 mehr und mehr als „außerparlamentarische Opposition“ (APO) gebildet.
(Siehe dazu auch: 2008 – 40 Jahre 68er)

Politik wurde zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte als Gegenstand öffentlicher Teilhabe praktiziert – gegen Vorbeugehaft, gegen Schubladengesetze, gegen Mehrheitswahlrecht, von 1962 bis 1966 Widerstand gegen die Notstandsgesetze, es ging um die Beziehungen zur damaligen sowjetischen Besatzungszone bzw. zur DDR und gegen Bundeskanzler Ludwig Erhards Vision einer „formierten Gesellschaft“, um die Dritte Welt um die Befreiungsbewegungen oder gegen den Vietnam-Krieg der USA; spätestens nach der Bombardierung Nordvietnams hatten die Vereinigten Staaten als das Land der Befreiung vom NS-Regime und der Rettung Berlins vor den Kommunisten bei der Nachkriegsgeneration seinen Nimbus als Vorkämpfer der Freiheit verloren. Und vor allem ging es auch um die „Bildungskatastrophe“ (so der Titel einer Aufsatzserie von Georg Picht 1964). Bei der „Aktion 1. Juli“ des Verbandes deutscher Studentenschaften gingen 1965 schon 50.000 Menschen für mehr Bildung und Chancengleichheit in der Bildung auf die Straße

Mit dem Redeverbot Erich Kubys an der Freien Universität 1964 entpuppte sich der Gründungsmythos der „freien“ Universität zum antikommunistischen Bekenntnis. Mit neuen Protestformen, wie etwa den aus Berkeley importierten „Sit-ins“, Teach-ins“, Spaziergangdemonstrationen oder „Picketing-lines“ zunächst vor allem in Berlin sprang der Funke mit der Erschießung Benno Ohnesorgs nach der Demonstration am 2. Juni 1967 gegen den persischen Schah auf die gesamte Republik über. Die nunmehr vor allem von

Studierenden getragene „Studentenrevolte“ (als Teil der APO) erreichte ein Jahr später ihren Höhepunkt nach dem Attentat auf Rudi Dutschke mit den Osterunruhen als über 300.000 in ganz Deutschland auf die Straße gingen und vor allem gegen Objekte des Axel Springer Verlages wegen dessen Aufwiegelung gegen studentische Krawallmachern „Gewalt gegen Sachen“ ausgeübt wurde.

Der Höhepunkt der Massenmobilisierung war zugleich der Beginn des Zerfalls der Studentenbewegung. An der Diskussion über die „emanzipatorische“ gegen die „repressive“ Gewalt schieden sich die Geister. Mit der „Schlacht am Tegeler Weg“ am 4. November 1968 als eine größere Gruppe von Demonstranten aktiv und militant die damals noch ohne Helm agierenden Polizeikräfte attackierten. Mit der offensiven Anwendung von Gewalt auch gegen Personen brach die bisherige jedenfalls nach außen geübte Solidarisierung gegen die „Herrschenden“ auseinander. Selbst in den politisch radikalsten Gruppen folgte nur eine kleine Minderheit dem Weg in den „individuellen Terror“ (Christian Semler). Es ist eine glatte Geschichtsverfälschung, wenn heute immer noch die These vertreten wird, die Terrorgruppen „RAF“ oder der „Bewegung 2. Juni“ seien nur konsequente Fortentwicklungen der studentischen Protestbewegung gewesen.

Seiffert belegt, dass keineswegs nur Berlin der „Nabel der Ereignisse“ war. Schon 1966 gab es in Köln eine Straßenbahnblockade, die vom RCDS-Mitglied und AStA-Chef Klaus Läpple verantwortet wurde und die wegen der jahrelang beibehaltenen höchstrichterlichen Rechtsprechung, wonach eine Sitzblockade die Anwendung von physischer Gewalt sei, viele Jahre nachwirkte. Im Herbst 1967 enthüllten Detlev Albers (einer, der im Buch Interviewten) und Gert Hinnerk Behlmer bei der Rektoratsübergabe das Transparent „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“, das zu einer Kernparole der Studentenbewegung wurde. Auch in anderen Städten, wie etwa Tübingen, Heidelberg, Marburg und anderswo gab es zahlreiche spektakuläre Protestaktionen.

An der Anti-Springer-Kampagne lassen sich die Unterschiede zwischen SDS und SHB aufzeigen. Während der SDS „Enteignet Springer“ forderte, beließ es der SHB bei der Kampagne „Haut dem Springer auf die Finger“. Der SHB war die „gemäßigte Variante“ des SDS. Jeanette Seiffert arbeitete jedoch heraus, dass der bei seiner Gründung noch parteitreue Studentenverband der SPD durchaus maßgeblich an der Studentenrevolte teilhatte. Ende 1967 seien fünf AStA-Chefs an den politisch bedeutendsten Hochschulen aus dem SHB kamen, der SDS stellte keinen AStA-Vorsitzenden.

Seiffert zeichnet die Entwicklung des SHB vom parteitreuen zum in inner- und außerparteilicher Opposition zur SPD stehenden Studentenverband nach, dem dann 1972 mit nur einer Gegenstimme im Parteirat der Name „sozialdemokratisch“ aberkannt wurde

und der sich danach „Sozialistischer Hochschulbund“ nannte.
Die Historikerin beschreibt, wie schwer sich die SPD tat, mit der Eintrittswelle junger Leute umzugehen und wie unterschiedlich die Landesverbände reagierten. Sie weist auf die durchaus zwiespältige Rolle Willy Brandts, auf die integrative Rolle Horst Ehmkes oder des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Jochen Steffen, dem „roten Jochen“ hin.

Einen großen Teil des Buches nimmt die Rolle der Jusos ein. Es wird der Weg dieser SPD-Arbeitsgemeinschaft in die Opposition zur Mutterpartei beschrieben, etwa mit der Ablehnung der Großen Koalition und den Forderungen nach „Demokratisierung“ der Partei und der Anerkennung der APO als legitime politische Kraft bis hin zu den Beschlüssen nach „systemüberwindenden Reformen“. Seiffert schildert die politischen Flügel- und persönlichen Konkurrenzkämpfe zwischen sog. Marxisten, „Antirevisionisten“ oder den „Systemüberwindern“ auf der Basis des Godesberger Programms. Die Auseinandersetzung kulminierte in der sog. „Stamokapdebatte“, in deren Kern es um die Frage ging, wie unabhängig der Staat bzw. die Politik gegenüber der Macht wirtschaftlicher Monopole ist bzw. sein kann. Der Streit zwischen den Flügeln der Jusos war noch heftiger als der Streit mit der Mutterpartei.

Innerhalb der SPD wurde von den Jusos die Frage der innerparteilichen Demokratisierung allmählich über die Frage nach einer Gesellschaftsveränderung gestellt. Diese Verlagerung hing ganz direkt damit zusammen, dass allmählich die persönliche Karriere innerhalb der Partei wichtiger wurde als die politischen Inhalte, die man durchsetzen wollte.

An den politischen Biografien von mehr oder weniger exponierten Aktivisten aus dem SHB und der Jusos zeigt Seiffert den „Grundwiderspruch“ des Marschs durch die Institutionen auf: „Je erfolgreicher (der Marsch) war, je mehr Ämter und Mandate und damit Macht die 68er (…) erlangten, desto mehr führte dies gleichzeitig zu einer Schwächung dieses Marsches.“ (S. 146)

Vor allem nach dem Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt 1974 machte sich unter den 68ern Resignation breit. Anders als unter Willy Brandts „Erziehungsversuchen“ verlangten Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel (jedenfalls noch zu dieser Zeit), Bruno Friedrich oder Friedhelm Farthmann in NRW Disziplin statt Diskussion. Es entwickelte sich ein System „restriktiver Toleranz“, d.h. der Belohnung für die sich Anpassenden und von Sanktionen gegen die Aufmüpfigen, diese reichten von Funktionsverboten bis zu Parteiausschlüssen. Es gab einen innerparteilichen Maulkorberlass gegen die Jugendverbände und außerhalb der Partei den „Radikalenerlass“ für den öffentlichen Dienst. Auf dessen rechtlicher Grundlage wurden bis 1981 186.000 junge Berufsanfänger auf ihre Gesinnung überprüft und 10.000 wurde die Einstellung etwa als Lehrer verweigert.

Das Scheitern der Kampagne gegen diese sog. „Berufsverbote“ demoralisierte die 68er außerhalb wie innerhalb der Partei. Der Parteiausschluss von Klaus-Uwe Benneter 1977, wenige Monate nachdem er damals zu Juso-Vorsitzenden gewählt wurde, und vor allem die Verweigerung der Solidarität der allermeisten bekannteren Juso-Funktionäre war ein Schlag, von dem sich die Jusos nie wieder erholt haben, schreibt Seiffert. Es kam zu Abspaltungen vom SHB und zum Kotau der „uneingeschränkten Unterstützung“ von SPD-Kandidaten und von Helmut Schmidt etwa unter Gerhard Schröder als Juso-Vorsitzendem. Der „Imperativ des Machterhalts“ rückte vor inhaltliche Interessen. „Heuern die jungen Linken bei den Jusos an, so fordern sie ´systemsprengende Strategien`, bekommen sie ein Juso-Amt, reden sie von `systemverändernden Maßnahmen`, erwerben sie zuletzt ein Parteimandat hinzu, so sind sie meist mit ´systemreformierender Politik` zufrieden.“ (Seiffert S. 182, Die Zeit von 1971 zitierend)
Aus „jungen Wilden“ wurden angepasste Pragmatiker – statt Systemwechsel gab es bestenfalls noch einen Generationswechsel. Aus der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten wurde eine „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Pöstcheninhaber“ (ASPI) (S.195) Manche der im Buch Begleiteten, wie der spätere Forsa-Chef Manfred Güllner, nutzten die Partei nur als „Wirtstier“ für die eigenen ökonomischen Interessen (S. 252).

Wohl mit der Erfahrung, dass aus dem langen Marsch „durch“ die Institutionen ein kurzer Weg zum Abgang „in“ die Institutionen und in die Anpassung an die herrschenden Gepflogenheiten des pragmatischen Establishments wurde, entstanden unter Umgehung von Parteien und Verbänden „neue soziale Bewegungen“: Die Ökologie-, die AKW-, die Friedens-, die Umwelt- und vor allem auch die Frauenbewegung: Die Abkehr von der Demokratisierung aller Lebensbereiche zurück an die Basis und in konkrete Projekte, vom „Kampf gegen das Krötensterben“ bis zum „Häuserkampf“ mit seinen „Instandbesetzungen“, als antiautoritäres Aufbegehren gegen bestehende Machtstrukturen und gegen die Apparate. Ende der 70er Jahre entstanden die „Alternativen Listen“ und Bürgerinitiativen aus denen später die Partei Bündnis 90/Die Grünen entstand.

Diejenigen 68er, die innerhalb der SPD weiter machten, suchten sich Politiknischen, in denen es gefahrloser war alternative Positionen zur Partei zu vertreten: die Bildungs-, die Medien-, die Abrüstungs- oder die Außenpolitik. Die Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten mobilisierte zwar noch einmal 300.000 Menschen und es gab auch noch einmal Widerborstigkeit innerhalb der SPD, so trat Erhard Eppler als Redner auf, aber selbst bei der Nachrüstung im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses stimmten die meisten der nunmehr schon Alt-68er zu. Jeanette Seiffert räumte dabei nebenbei mit der Legende auf, dass die „Linken“ in der SPD die „Königsmörder“ Helmut Schmidts gewesen

seien. Dazu waren sie sich untereinander viel zu uneinig, es war schon längst kein gemeinsamer Marsch mehr.

Jeanette Seifferts Dissertation über „Die 68er in der SPD“ ist keine „objektive“ Geschichtsschreibung, dazu wären auch noch die „anderen Lebenswelten“ (Willy Brandt) einzubeziehen, aber es ist eine genaue und faktenreiche Darstellung der Geschichte aus der Perspektive des Teils der 68er, der die Auseinandersetzung mit der SPD und die mit dem Weg in die SPD diese innerparteilich verändern und damit die Gesellschaft verändern wollte.
Die Autorin beschreibt, wie sich die politischen Inhalte der APO allmählich entwickelten und misst an diesen Positionen deren Abschleifen und die Integration der Aktivisten in der SPD. Sie konstatiert nüchtern, dass die SPD die 68er sehr viel stärker verändert hat, als dies umgekehrt der Fall war. (S. 312) Diejenigen, die weiter gegen den innerparteilichen „Mainstream“ geschwommen sind, haben dies mit dem Preis ihres politischen Fortkommens bezahlt, innerparteilichen Einfluss konnten sie nicht ausüben.

Wenn es Lehren aus dieser Geschichte zu ziehen gilt, dann die, dass die Beharrungskräfte innerhalb der SPD und vermutlich auch in den anderen etablierten Parteien immens sind, dass Disziplin, Pragmatismus und Machterhalt wichtiger als Inhalte oder Programme der Parteien sind. Politischer Druck auf Veränderung entsteht wohl eher außerhalb der Parteien als innerhalb und der Marsch durch die Institutionen gerät eher zum Abmarsch in die Institutionen:
Macht erhält, wer die bestehende Macht erhält.

Für mich bleiben nach der Lektüre des Buches zwei eher hypothetische Fragen: Was wäre aus der SPD geworden oder was hätten wir heute für politische Verhältnisse, wenn die 68er ihren Marsch durch und in die SPD nicht angetreten hätten?
Und zweitens, was hätten wir heute für eine Republik, wenn die SPD nach dem glänzenden Wahlsieg von Willy Brandt im Jahre 1972 die Hoffnungen der ganz Vielen auf Veränderung drängenden Menschen aufgenommen und sie nicht enttäuscht hätte?

p.s.: Persönliche Anmerkung

Das Buch hat mich trotz seiner Wissenschaftlichkeit bewegt, weil es auch meine politische Biografie widerspiegelt. Wie schon erwähnt, war ich seit 1964 im SHB bis auf der Vorstandsebene, ich war 1969/70 im Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) und habe danach – politisch frustriert eben in meiner „bürgerlichen Existenz“ – wissenschaftlich gearbeitet. Zuerst an einer medienjuristischen Dissertation zum Thema „Kabelfernsehen und Rundfunkgesetze“, in der ich einen pluralistisch organisierten, von

den gesellschaftlichen Gruppen kontrollierten und nicht von kommerziellen Interessen gesteuerten Rundfunk als einzig und allein verfassungskonform verteidigen wollte. Danach arbeitete ich als Assistent an verschiedenen Unis am Thema einer „sozialverträglichen Energieversorgung“ und habe Arbeiten darüber geschrieben, etwa dass die Nutzung der Kernenergie ein rechtlich nicht hinnehmbares Risiko darstellt. Noch später habe ich mich in einem Forschungsprojekt mit der Frage beschäftigt, wie Arbeitnehmerinteressen stärker und besser als Gegenstand von Forschung und Lehre aufgegriffen werden könnten.

Obwohl ich meine berufliche Perspektive in der Hochschule sah, konnte mich Albrecht Müller in die Planungsabteilung des Kanzleramtes von Helmut Schmidt „abwerben“. Wir kämpften gemeinsam gegen die Kommerzialisierung des Fernsehens und konnten uns dabei sogar eher auf Helmut Schmidt als auf die SPD – vor allem in Person des damaligen Bundesgeschäftsführers Peter Glotz – verlassen. Nach der Wende zu Helmut Kohl schwenkte die SPD auch in dieser Frage um und propagierte (interessanterweise wie später bei der Rente) das „duale System“ von öffentlich-rechtlichem und privatem Fernsehen.

Nach mehr einbezogen in „die Macht“ war ich als langjähriger Sprecher der Landesregierung NRW unter Johannes Rau. Rau war nun alles andere als ein „Linker“ innerhalb der SPD, aber ich konnte die Arbeit als sein „Sprecher“ gut verantworten, weil ich mir sicher sein konnte, dass sein stark christlich geprägtes Weltbild seiner Politik eine humanistische Fundierung gab. Jedenfalls hatte man die Sicherheit einer verlässlichen Bandbreite seines politischen Handelns, das auch die Interessen der „schwachen Schultern“ im Auge hatte.
Danach kam ich zur Wissenschaft zurück, wenn auch nur als Staatssekretär im NRW-Wissenschaftsministerium unter der damaligen Ministerin Anke Brunn (deren politischer Werdegang im rezensierten Buch auch ausführlich beschrieben wurde). Erst mein Rauswurf durch den damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement aus dem Amt gab mir wieder die Freiheit zurück, ohne Rücksichtnahmen und Zwänge lesen, denken und sagen zu dürfen, was ich für richtig halte.

Es war für mich vor der Lektüre des Buches von Jeanette Seiffert nicht so deutlich, dass ich nach meinem 68er-Engagement offenbar genau die inhaltlichen Nischen suchte, die auch viele andere 68er in der SPD fanden, also die Medienpolitik, die Umwelt- und Atomkraftfrage und die Bildungspolitik.

In der politischen Praxis konnte ich vielleicht bei einigen Fragen, den Lauf der Dinge etwas aufhalten oder konnte wenigstens eine Debatte darüber aufrechterhalten, aber gemessen an meinen ursprünglichen Idealen über eine demokratischere, gerechtere, solidarischere und damit auch freiheitlicheren Gesellschaft war das wenig.

Es wäre einer Monografie wert, die Gründe für das Scheitern jedenfalls vieler durchaus auch konkreter gesellschaftlicher Utopien der 68er zu analysieren.

Der wichtigste Grund ist wohl, dass man in der Gesellschaft sein Brot verdienen und seine Familie ernähren muss. Das erzwingt Anpassungsleistungen an berufliche Zwänge. Diese Zwänge werden vor allem wiederum bestimmt, durch die jeweilige Begrenzung der beruflichen Verantwortung auf relativ begrenzte Zuständigkeiten. Da man die großen Zusammenhänge nicht ändern kann, bleibt oft nur, das Beste aus dem Unzureichenden zu machen. Theodor Adornos Feststellung in den Minima Moralia „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“ begleitete einen stets.
Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn die allgemeine politische Tendenz besteht, den Staat „auszuhungern“, dann kann man um jede Mark im Wissenschaftshaushalt bis zur Erschöpfung kämpfen, man kann sogar den einen oder anderen kleinen Erfolg erzielen, aber wenn es die abstrakte und allgemeine Vorgabe gibt, dass der Gesamthaushalt gekürzt werden muss und alle Ressorts dazu beizutragen haben, dann landet man am Ende eben bei einer Kürzung. Es hilft einem dann eben nicht viel, wenn man eine falsche Finanz- oder eine die Steuereinnahmen senkende Wirtschaftspolitik kritisiert und in der Praxis den Rektoren der Hochschulen verkünden muss, dass Hochschullehrerstellen gestrichen werden müssen, weil das nötige Geld fehlt.

Meine nachträgliche Beobachtung ist, dass wir seit dem Niedergang der 68er an einer Parzellierung des politischen Denkens oder umgekehrt an zahllosen verengten Horizonten auf den verschiedensten Feldern und in den gesellschaftlichen Institutionen leiden. Es gibt Millionen oder gar Milliarden von Einblicken, aber kein einheitliches Bild. Es fehlt schon an der Diskussion darüber, wie man sich eine zukünftige menschliche Gesellschaft vorstellen könnte.
Wir leben seit Jahrzehnten in einer Zeit eindimensionaler, ja sogar primitiver Weltbilder – etwa dass der Einzelne seine Interessen besser kenne und wahrnehme als eine kollektive Vernunft oder eine gesellschaftlicher Konsens, dass die „invisible hand“ des Marktes alles besser regelt, als die Politik. Man könnte noch viele der allseits verbreiteten und dazu passenden Legenden aufzählen. Das haben wir auf den NachDenkSeiten immer wieder versucht.

Gegen einen offenen Diskurs über eine Veränderung stehen mächtige (ökonomische und diesen entsprechenden ideologische) Interessen und täglich findet eine Meinungsbeeinflussung statt, dass es so, wie die mächtigen Interessen es sehen, seine Richtigkeit hat. Und so lange es nicht mehr Menschen gibt, die erkennen, dass es in jeder Gesellschaft mächtige Interessen gibt und nicht mehr Menschen daran zweifeln, dass deren Interessensicht auch die richtige ist, wird es auch nur wenig Machtverschiebung und damit

wenig Veränderung geben.

Die letzten Sätze in dem Buch von Jeanette Seiffert treffen offenbar auch auf mich zu: „Je näher die untersuchten Personen dem Ende ihrer politischen Laufbahn kamen, desto mehr schwand der Zwang, sich an die Parteilinie – etwa im Zusammenhang mit der „Agenda-Politik“ – anzupassen. Während auf der einen Seite, in Abkehr von den ursprünglichen basisdemokratischen Ansprüchen, eine gewisse autoritäre Neigung der „68er“ in der Regierungsverantwortung zu konstatieren ist, so zeigten die meisten von ihnen auf der anderen Seite eine starke Affinität zu den von ihnen in den späten siebziger und achtziger Jahren geprägten Themen.“

Es wäre die Pflicht der 68er ihre Erfahrungen des Scheiterns oder der Anpassung an die jüngeren Generationen weiterzugeben. Vielleicht könnte man so aus der Geschichte lernen.

Jeanette Seiffert, Die 68er in der SPD. „Marsch durch die Institutionen?“, Bouvier Verlag, Bonn 2009. www.68er-spd.de